



**Niederschrift
über die öffentliche Sitzung
des Stadtrates**

**am 22.02.2018
im Sitzungssaal des Rathauses**

I. Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 25.01.2018
2. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 25.01.2018
3. Antrag zur Installation eines zweiten stellvertretenden Kommandanten für die Freiwillige Feuerwehr Greding
4. Bauvoranfrage auf Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit Doppelgarage in Kraftsbuch
5. Bauvoranfrage auf Errichtung eines Bungalows mit Doppelgarage in Obermässing
6. Bauvoranfrage auf Errichtung eines Einfamilienwohnhauses in Greding
7. Bauantrag auf Errichtung einer Mobilfunkstation in der Gemarkung Untermässing
8. Bauantrag auf Neubau eines Geräteschuppens mit Holzlager in Herrnsberg
9. Information über die Behandlung eingegangener Bauanträge
10. Neuerlass der Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Greding
11. Rechnungsprüfung 2016
12. Mitteilungen und Anfragen

II. Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Die 21 Mitglieder des Stadtrates wurden ordnungsgemäß geladen.

Mitglieder des Stadtrates	Anwe- send	Abwe- send	Bemerkung zur Anwesenheit
Erster Bürgermeister Manfred Preischl	X		
Zweiter Bürgermeister Oswald Brigl	X		
Dritter Bürgermeister Hermann Kratzer		X	Entschuldigt
Michael Beringer	X		
Maria Deinhard	X		
Josef Dintner	X		
Max Dorner	X		
Harald Gerngroß	X		
Stefan Greiner		X	Entschuldigt
Mathias Herrler	X		
Theodor Hiemer	X		
Elisabeth Holzmann	X		
Franz Miehling	X		
Günther Netter		X	Entschuldigt
Roland Pohl	X		
Thomas Schmidt		X	Entschuldigt
Markus Schneider	X		
Michael Schneider	X		
Susanne Schneider	X		
Gert Sorgatz	X		
Barbara Thäder	X		

Erster Bürgermeister Preischl als Vorsitzender stellt fest, dass der Stadtrat beschlussfähig ist, da sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen und 17 Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind.

Verwaltung	Funktion
Michael Pfeiffer	Schriftführer
Katrin Hubmer	
Johann Schmauser	

Sonstige Sachverständige bzw. sachkundige Personen, Presse
Frau Steimle vom Hilpoltsteiner Kurier

Anzahl der anwesenden Bürgerinnen und Bürger:

III. Öffentliche Bekanntgabe der Sitzung

Zeitpunkt und Ort der Sitzung wurden unter Angabe der Tagesordnung gemäß § 22 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrat bekannt gemacht.

IV. Verlauf der Sitzung, Besonderheiten

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Die Sitzung ist öffentlich.

Eröffnung der Sitzung	Beendigung der Sitzung
19:30 Uhr	20:50 Uhr

V. Behandlung der Tagesordnungspunkte

TOP 1. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 25.01.2018

Sachverhalt:

Nach den Regeln der Geschäftsordnung (§ 26 Abs. 2 Satz 3 i.V.m. § 33 Abs. 4) ist die Niederschrift der vorangegangenen Sitzung zu genehmigen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 17:0

Der Stadtrat genehmigt die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 25.01.2018.

TOP 2. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 25.01.2018

Sachverhalt:

Der Vorsitzende gibt die in nichtöffentlicher Sitzung vom 25.01.2018 gefassten Beschlüsse, bei denen die Gründe der Geheimhaltung weggefallen sind, der Öffentlichkeit bekannt:

TOP 1 Abwasseranlage Schutzensdorf – Vergabe der Arbeiten für die baulichen Einrichtungen zum Anschluss an die Abwasseranlage Greding

Der Stadtrat beauftragt die wenigstnehmende Firma Rohmann-Bau, Beilngries, mit der baulichen Ausführung der Gesamtmaßnahme für den Anschluss der Abwasseranlage Schutzensdorf an die Abwasseranlage Greding auf Grundlage der drei vorliegenden Angebote in Höhe von insgesamt 854.361,44 Euro.

TOP 2 Abwasseranlage Schutzensdorf – Vergabe von Ingenieurleistungen für die Planung der elektrotechnischen Anlagen

Der Stadtrat beauftragt das Planungsbüro ELO-consult, Bad Abbach, mit der Elektroplanung für die Abwasseranlage Schutzensdorf auf Grundlage des vorliegenden Angebotes in Höhe von 31.090,27 Euro.

TOP 3. Antrag zur Installation eines zweiten stellvertretenden Kommandanten für die Freiwillige Feuerwehr Greding

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 20.12.2017 hat die Freiwillige Feuerwehr Greding die Installation eines zweiten stellvertretenden Kommandanten beantragt. Im Bayerischen Feuerwehrgesetz wurde mit der letzten Änderung diese Möglichkeit aufgenommen. Im Art. 8 Abs. 5 heißt es: „Der Kommandant hat einen oder nach Festlegung der Gemeinde im Ausnahmefall zwei Stellvertreter.“

Begründet wird der Antrag mit den umfangreichen Aufgaben der Feuerwehr Greding in den Bereichen Einsatzdienst, Tagesalarmsicherheit, Ausbildung und vielfältige organisatorische Aufgaben.

Kreisbrandrat Werner Löchl befürwortet die Installation eines zweiten stellvertretenden Kommandanten für die Stützpunktfeuerwehren, in denen kein Kommandant hauptamtlich bei der Kommune beschäftigt ist.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 17:0

Der Stadtrat stimmt dem Antrag der Feuerwehr Greding auf Installation eines zweiten Stellvertretenden Kommandanten für die Freiwillige Feuerwehr Greding zu.

TOP 4.	Bauvoranfrage auf Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit Doppelgarage in Kraftsbuch
---------------	--

Sachverhalt:

Frau Michaela Hausner aus Kraftsbuch möchte am südöstlichen Ortsrand von Kraftsbuch auf einer Teilfläche des Grundstückes, Flur-Nr. 67, ein Einfamilienhaus mit Doppelgarage errichten.

Mit der vorliegenden Bauvoranfrage soll die Genehmigungsfähigkeit des Bauvorhabens geklärt werden.

Geplant ist das Wohnhaus zweigeschossiges (EG + OG) mit einer Größe von ca. 10 m auf 12 m zu errichten. Die angebaute Doppelgarage ist mit einer Größe von ca. 7m x 8m geplant. Das Wohnhaus soll mit einem Satteldach, Dachneigung 25-32 Grad, abgeschlossen werden.

Das Grundstück ist nicht erschlossen.

Die Erschließung des Grundstückes soll über die Flur-Nr. 72 und 66, Gemarkung Kraftsbuch erfolgen.

Die Baufläche ist im Flächennutzungsplan als Wohnbaufläche gekennzeichnet, ein Bebauungsplan existiert nicht.

Eine Privilegierung nach dem Baugesetzbuch für eine Bebauung im Außenbereich liegt nicht vor. Eine Bebauung im Außenbereich kann nach § 35 Absatz 2 BauGB im Einzelfall zugelassen werden, sofern öffentliche Belange nicht beeinträchtigt sind und die Erschließung gesichert ist.

Diskussionsverlauf:

Bürgermeister Preischl ergänzte, dass seitens der Verwaltung noch geprüft werde, ob die Grundstücksbreite des Weges, Flur-Nr. 66, Gemarkung Kraftsbuch für eine weitere Bebauung ausreichend sei. Außerdem müsse mit dem Landratsamt Roth geklärt werden, ob ein Bebauungsplan erforderlich ist.

Zweiter Bürgermeister Brigl konnte sich an dieser Stelle ein Bebauungskonzept des Kreisbaumeisters vorstellen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 17:0

Der Stadtrat erteilt der Bauvoranfrage auf Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage in Kraftsbuch grundsätzlich das gemeindliche Einvernehmen.

Bezüglich der Erschließung und der Parzellierung des Grundstückes ist mit dem Antragsteller eine Vereinbarung zu treffen.

TOP 5.	Bauvoranfrage auf Errichtung eines Bungalows mit Doppelgarage in Obermässing
---------------	---

Sachverhalt:

Die Bauherren Anja und Bernd von Waldenburg aus Geisenfeld planen den Bau eines Bungalows mit Doppelgarage in Obermässing auf dem Grundstück „Unterm Weinberg 12“ Flur-Nr. 697/37.

Mit der vorliegenden Bauvoranfrage soll die grundsätzliche Zulässigkeit des Bauvorhabens ergründet werden.

Der eingeschossige Bungalow, dessen Grundriss aus zwei Rechtecken besteht, soll bei beiden Bauteilen mit einem flachen Pultdach abgeschlossen werden. Die Grundabmessungen der beiden Bauteile betragen 15,45 m x 7,20 m und 10,20 m x 6,60 m.

Im Bereich an der Erschließungsstraße soll eine Doppelgarage mit Flachdach errichtet werden.

Im Baugebiet hat der Bebauungsplan Nr. 2 „Bei den Angergärten“ im Ortsteil Obermässing in der Fassung der 2. Änderung Gültigkeit.

Folgende Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes sind nach § 31 Absatz 2 BauGB notwendig, wenn die Bauwerber ihr Vorhaben, wie geplant, errichten möchten:

- a) Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes (Punkt 2.3) bezüglich von Aufschüttungen und Abgrabungen von maximal 50 cm. Nach Angabe des Planers besteht im Grundstück ein Höhenunterschied von 4 m, im Bereich des Gebäudes beträgt dieser 2 m. Die Bauherren wünschen eine Abgrabung bzw. Aufschüttung bis zu einem Höhenunterschied von 1,0 m, damit die ansonsten recht hoch herausstehenden Fundamente verdeckt werden.
- b) Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes (Punkt 6.1) hinsichtlich der Verpflichtung, dass Garagen und Nebengebäude in Konstruktion, Material, Farbe, Dachdeckung und Dachneigung dem Hauptgebäude anzupassen sind. Die Garage soll als Massivbau mit einem Flachdach und das Hauptgebäude als Holzriegelkonstruktion mit einem flachen Pultdach errichtet werden.
- c) Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes (Punkt 7.1.2) hinsichtlich der Dachneigung des Hauptgebäudes. Der Bebauungsplan sieht bei Pultdächern eine Mindestneigung von 15 Grad vor. Die Bauherren wünschen ein möglichst flaches Dach im Bereich von 5 Grad bis 10 Grad. Nach Angabe des Planers würde das Bauvolumen erniedrigt, wodurch geringere Baukosten entstehen. Ferner würde dies für die Nachbarn ein optisch niedrigeres Haus bedeuten.
- d) Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes (Punkt 7.1.4) bezüglich der Dachüberstände. Gemäß der Bauvoranfrage soll eine Eingangsüberdachung durch Verlängerung des Pultdaches im Eingangsbereich geschaffen werden. Das

Maß des Dachüberstandes beträgt hierbei 1,32 m auf einer Länge von rund 2,65 m. Gemäß dem Bebauungsplan kann ein maximaler Dachüberstand von 0,60 m gestattet werden. Im Bebauungsplan wird aber bereits darauf hingewiesen, dass bei Eingangsüberdachungen größere Dachüberstände zugelassen werden können.

- e) Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes (Punkt 7.2.2) bezüglich der Höhenlage des Gebäudes. Die Erdgeschossfußbodenoberkante darf gemäß dem Bebauungsplan maximal 30 cm über dem natürlichen Gelände im Bereich des Einganges liegen. Der Eingang befindet sich laut dem Planer aus grundrisstechnischen Gründen nicht auf der Hangseite. Wäre der Eingang an der Südostecke, am obersten Punkt des Hanges, würde die Höhenlage gemäß der Vorgabe des Bebauungsplanes eingehalten werden.
- f) Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes (Punkt 7.1.2 und 9.2) wonach Flachdächer bei Garagen zu begrünen sind. Unter Punkt 7.1.2 wird eine Begrünung lediglich empfohlen.

Das Wohngebäude mit dem anschließenden Terrassenbereich nimmt einen Großteil der Grundstücksfläche ein. Bedingt durch die Hängigkeit des Grundstückes ist eine optimale Einbindung des Gebäudes im Grundstück äußerst schwierig. Die Fundamente bzw. die Wand der Terrasse ragen am westlichen Gebäudebereich trotz einer Auffüllung von rund 0,90 m noch rund 1,30 m über dem Gelände hervor.

Eine Befreiung wurde in gleichgearteten Fällen für folgende Punkte erteilt:

- zu a) Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes für Aufschüttungen und Abgrabungen bis zu einem maximalen Höhenunterschied von 1,0 m.
- zu b) Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes für eine Ausführung des Hauptgebäudes mit einem Pultdach und das der Garage mit einem Flachdach. Der jeweils gewünschten Konstruktion wird zugestimmt.
- zu d) Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes bezüglich eines vergrößerten Dachüberstandes als Eingangsüberdachung.
- zu f) Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes für eine Ausführung eines Flachdaches auf der Garage ohne Eingrünung.

Für die zuvor genannten Punkte soll eine Befreiung ausgesprochen werden. Die weiteren notwendigen Befreiungen sollen aus städtebaulichen Gründen nicht erteilt werden (Dachneigung des Hauptgebäudes, Höhenlage des Erdgeschossfußbodens).

Diskussionsverlauf:

Stadtrat Gerngroß betonte, dass in diesem Baugebiet keinesfalls weitere „neue“ Befreiungen erteilt werden dürften.

Zweiter Bürgermeister Brigl führte aus, dass ihn die Anzahl der erforderlichen Befreiungen deutlich zu weit gehe. Mit den beantragten Befreiungen werde der gesamte Bebauungsplan ausgehebelt.

Stadtrat Beringer vertrat die Auffassung, dass mit diesem Antrag „mit Gewalt“ ein nicht passender Baukörper auf diesem Grundstück verwirklicht werden soll.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 12:5

Der Stadtrat erteilt der Bauvoranfrage auf Errichtung eines Bungalows mit Doppelgarage in Obermässing grundsätzlich das gemeindliche Einvernehmen.

Die im Sachverhalt empfohlenen Befreiungen werden erteilt. Eine Befreiung hinsichtlich der Dachneigung am Hauptgebäude und der Höhenlage des Erdgeschossfußbodens wird aus städtebaulichen Gründen verweigert.

TOP 6.	Bauvoranfrage auf Errichtung eines Einfamilienwohnhauses in Greding
---------------	--

Sachverhalt:

Franz Losch möchte im Bereich seines Anwesens der Mittelmühle in Greding, Mühlweg 12, ein Wohnhaus neu errichten. Die Baufläche befindet sich auf dem Grundstück Flur-Nr. 1598, Gemarkung Greding. In der Mittelmühle wird ein Sägewerk betrieben.

Gemäß der Bauvoranfrage, mit welcher die grundsätzliche Zulässigkeit der Maßnahme geprüft werden soll, ist der Neubau eines Wohnhauses im „mediterranen“ Stil geplant. Bei einem quadratischen Grundriss von rund 12 m auf 12 m sollen zwei Vollgeschosse errichtet werden. Das Gebäude soll mit einem Zeltdach abgeschlossen werden.

Die Zufahrt wird, wie auch die zur Mittelmühle, über den Mühlweg erfolgen. Das Grundstück „Mühlweg 12“ ist an die städtische Wasserversorgung angeschlossen. Die Zuleitung zur Mittelmühle verläuft im Bereich der Baufläche, weshalb ein Anschluss des Neubaus an das Trinkwassernetz leicht umgesetzt werden kann. Zur Abwasserreinigung wird eine Kleinkläranlage betrieben. Der Neubau dürfte technisch ohne Probleme an den Mischwasserkanal anzuschließen sein, welcher von oberhalb von der Flurstraße her in Richtung Maria-Hilf-Weg verläuft. Für die Sicherstellung der Erschließung soll mit dem Antragsteller eine Erschließungsvereinbarung getroffen werden.

Laut dem Flächennutzungsplan der Stadt Greding ist die Betriebsfläche der Mittelmühle als Gewerbegebiet gekennzeichnet. Die südlich angrenzende Baufläche ist als Außenbereich mit orts- und landschaftsprägender Grünfläche eingetragen. Der Wohnhausneubau befindet sich im Randbereich der gekennzeichneten Überschwemmungsfläche des Agbaches.

Eine Privilegierung nach dem Baugesetzbuch für eine Bebauung im Außenbereich liegt nicht vor. Eine Bebauung im Außenbereich kann nach § 35 Absatz 2 BauGB im Einzelfall zugelassen werden, sofern öffentliche Belange nicht beeinträchtigt sind und die Erschließung gesichert ist.

Einen gültigen Bebauungsplan gibt es nicht.

Diskussionsverlauf:

Stadtrat Sorgatz betonte, dass das beantragte Vorhaben in jedem Fall an die Kanalisation angeschlossen werden müsse.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 17:0

Der Stadtrat erteilt der Bauvoranfrage auf Errichtung eines Einfamilienwohnhauses in Greding grundsätzlich das gemeindliche Einvernehmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Erschließungsvereinbarung mit dem Bauwerber zu treffen.

TOP 7.	Bauantrag auf Errichtung einer Mobilfunkstation in der Gemarkung Untermässing
---------------	--

Sachverhalt:

Die Vodafone GmbH, Region Süd Abteilung TDR-S, Unterföhring, hat einen Bauantrag auf Errichtung einer Mobilfunkstation für das Vodafone Mobilfunknetz eingereicht.

Die Station soll auf dem Grundstück Flur-Nr. 609/2 in der Gemarkung Untermässing errichtet werden.

Das Baugrundstück befindet sich am nördlichen Rand der Gemarkung Untermässing, an der Gemeindegrenze zum Markt Thalmässing. Der Standort der Mobilfunkstation ist zwischen der ICE-Trasse und der Bundesautobahn A9 eingebettet. In unmittelbarer Nähe, in einem Abstand von rund 180 m, befindet sich die Kammühle im Gemeindebereich des Marktes Thalmässing.

Die Mobilfunkstation besteht aus einem 20 m hohen Sendemast sowie einem Container, Rauminhalt rund 12 m³, für die Unterbringung der Systemtechnik.

Gemäß Artikel 57 der Bayerischen Bauordnung können Masten bis zu einer Höhe von 10 m verfahrensfrei errichtet werden. Da der Mast jedoch mit einer Höhe von 20 m gebaut werden soll ist eine Baugenehmigung erforderlich.

Das Baugrundstück befindet sich im Außenbereich. Für die Anlage kann eine Privilegierung nach § 35 des Baugesetzbuches als öffentliche Versorgung für Telekommunikationsdienstleistungen angenommen werden.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 17:0

Der Stadtrat erteilt dem Bauantrag auf Errichtung einer Mobilfunkstation in der Gemarkung Untermässing das gemeindliche Einvernehmen.

Der Markt Thalmässing soll im Genehmigungsverfahren beteiligt bzw. angehört werden.

TOP 8.	Bauantrag auf Neubau eines Geräteschuppens mit Holzlager in Herrnsberg
---------------	---

Sachverhalt:

Martina und Franz Eckert möchten auf dem Grundstück „Geißbichl 20“, Flur-Nr. 87/9, in Herrnsberg einen Geräteschuppen mit Holzlager neu errichten. Sie haben hierzu einen Bauantrag eingereicht.

Das Gebäude soll im nordwestlichen Bereich des Grundstückes, unmittelbar am öffentlichen Feldweg mit der Flur-Nr. 119, als Grenzbau errichtet werden.

Das eingeschossige Gebäude mit den Grundabmessungen von 7,87 m auf 5,93 m wird mit einem Satteldach, Dachneigung 35 Grad, abgeschlossen. Die Firsthöhe beträgt 5,0 m. Das Dach wird mit roten Ziegelsteinen, identisch mit dem Wohnhaus, eingedeckt. Die Außenwände sollen mit einer Aluminiumfassade bekleidet werden.

Eine Abstandsflächenübernahme zum Grundstück „Geißbichl 18“ liegt dem Bauantrag bei.

Im Baugebiet hat der Bebauungsplan Nr. 2 „Geißbichl“ im Ortsteil Herrnsberg Gültigkeit.

Folgende Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes ist nach § 31 Absatz 2 BauGB notwendig, wenn die Bauwerber ihr Vorhaben, wie geplant, errichten möchten:

- Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes bezüglich der Baugrenzen, da der Grundstücksbereich, in welchem das Nebengebäude

errichtet werden soll, gemäß dem Bebauungsplan von jeglicher Bebauung freizuhalten ist.

Bezüglich der Gestaltung von Hauptgebäuden ist in der Satzung die Auflage enthalten, wonach Fassadenverkleidungen nicht zulässig sind. Es werden jedoch Holzverschalungen zugelassen. Hinsichtlich Garagen oder Nebengebäude sind keine konkreten Aussagen hierzu formuliert.

Analog zu einem Hauptgebäude soll im Beschluss die Empfehlung ausgesprochen werden, dass eine Aluminiumfassade nicht zugelassen werden sollte. Hierfür kann alternativ eine Holzverschalung angebracht werden.

Laut dem Antragsteller soll der bestehende Feldweg teilweise als Zufahrt zum Geräteschuppen genutzt werden. In diesem Falle muss jedoch ein Teilstück des angrenzenden Straßengrabens verrohrt werden. Dies kann grundsätzlich gestattet werden, jedoch ist in diesem Falle eine Vereinbarung mit der Stadt zu schließen, welche die Kosten der Errichtung der Anlage als auch deren Kosten für den Bauunterhalt zum Inhalt hat. Als Nutznießer der baulichen Anlage sind sämtliche Kosten durch den Antragsteller zu übernehmen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 17:0

Der Stadtrat erteilt dem Bauantrag auf Neubau eines Geräteschuppens mit Holzlager in Herrnsberg das gemeindliche Einvernehmen.

Die notwendige Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes wird erteilt.

Der Geräteschuppen soll nicht mit einer Aluminiumfassade bekleidet werden. Analog kann, wie es die Satzung zum Bebauungsplan für Hauptgebäude vorsieht, eine Holzverschalung angebracht werden.

Die Verwaltung wird ermächtigt, mit dem Antragsteller eine Vereinbarung zu schließen, welche eine Teilverrohrung des angrenzenden Straßengrabens zum Inhalt hat.

TOP 9. Information über die Behandlung eingegangener Bauanträge

Sachverhalt:

Der Stadtrat wird über folgende Bauanträge, wozu durch die Verwaltung das gemeindliche Einvernehmen erteilt wurde, in Kenntnis gesetzt:

- Schweigl Dominiki, Anbau eines Wintergartens an das bestehende Wohnhaus in Herrnsberg
- Ochsenkühn Silvia, Errichtung von Dachgauben und Erweiterung zum Zweifamilienwohnhaus in Greding
- Kerling Wilhelm, Anbau an ein bestehendes Gebäude in Greding

TOP 10.	Neuerlass der Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Greding
----------------	---

Sachverhalt:

In der nichtöffentlichen Sitzung vom 10.08.2017 hat der Stadtrat der Stadt Greding über die vorgeschlagenen Änderungen in der Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Greding beraten und diesen zugestimmt.

Im Einzelnen waren dies:

§ 2: Die Einteilung der Grabstätten ist zu ergänzen um Urnennischen in Urnenstelen bzw. Urnenwänden.

Weiterhin sind Baumbestattungen – soweit diese zugelassen werden – in die Satzung mit der Gestaltung der Flächen aufzunehmen.

Hierzu sind bei den Regelungen zur Gestaltung der Grabstätten nähere Bestimmungen in die Satzung aufzunehmen.

Es wird vorgeschlagen, dass an den einzelnen Urnennischen keine Kränze, Blumen oder Kerzen angebracht werden dürfen. Auch die Ablage weiterer Gegenstände ist nicht gestattet. Die Beschriftung darf nur auf den vorhandenen Urnentafeln erfolgen.

Für die Urnennaturgräber gelten vergleichbare Auflagen. Blumenschmuck, Kerzen und weitere Gegenstände sind nicht erlaubt. Es ist nur Rasenfläche sichtbar. Für die Urnenbeisetzungen in Urnennaturgräbern dürfen nur verrottbare Urnen verwendet werden. Es muss noch geklärt werden, ob eine Kennzeichnung der Urnennaturgräber erfolgen darf. (Die Urnennaturgräber sind aktuell noch nicht in der Satzung berücksichtigt.)

§ 8:

Die Ausmaße der Grabstellen sind den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen (z.B. Regelungen für Bergfriedhof II Familiengrab 2,50 x 2,50)

§11:

Nach der jetzigen Satzung ist ein Wiedererwerb des Grabrechts an Grabstätten in den Reihengrabfeldern und an Grabstätten für Verstorbene bis zum vollendeten 6. Lebensjahr NICHT möglich.

Dies sollte geändert werden.

§ 20

Die besonderen Gestaltungsvorschriften für den Bergfriedhof II sind zu überprüfen.

So ist derzeit schwarzes Steinmaterial verboten.

Zugelassen sind nur stehende oder liegende Grabmale. Außerdem sind die Maße für Grabmäler im Detail festgelegt.

Allerdings sind vereinzelt Grabstellen vorhanden, an denen die Gestaltungsvorschriften nicht exakt eingehalten wurden (anthrazitfarbene Grabmale, Gestaltung der Oberflächen z. B. geschliffen, schräg stehende Urnengrabmäler, mittlere Breite, Mindeststeinstärke werden nicht eingehalten)

§ 27

Die Kosten für die Entfernung von Grabmalen und sonstigen baulichen Anlagen sind von den Nutzungsberechtigten zu tragen.

Es wird vorgeschlagen, diese Bestimmung aufzuheben, da der entsprechende Aufwand in die Kalkulation der Grabgebühren aufgenommen wurde.

Inzwischen wurde die Satzung neu gefasst und der aktuellen Mustersatzung mit den beschlossenen Änderungen angepasst.

Der Entwurf der Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Stadt Greding ist in der Anlage beigefügt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 17:0

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Stadt Greding vom 22.02.2018.

TOP 11. Rechnungsprüfung 2016

Sachverhalt:

Zweiter Bürgermeister Brigl stellt den Bericht über die örtliche Rechnungsprüfung (öffentlicher Teil) für das Jahr 2016 vor. Die Prüfung fand am 25.10.2017 im Rathaus statt.

Der Bericht ist Bestandteil der Niederschrift und liegt ihr als Anlage bei.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 17:0

Der Stadtrat nimmt von dem Ergebnis der örtlichen Rechnungsprüfung 2016 (öffentlicher Teil) und von den zu dem Bericht veranlassten Maßnahmen der Verwaltung zustimmend Kenntnis.

TOP 12. Mitteilungen und Anfragen

Sachverhalt:

Jugendzukunftswerkstatt

Die Jugendzukunftswerkstatt wurde auf Wunsch von Eltern auf den 10.03.2018 verschoben

Bauausschuss

Die geplante Bauausschusssitzung am 06.03.2018 entfällt.

Jeder Bürger ein Euro

Bürgermeister Preischl verlas einen Dankesbrief von Landrat Herbert Eckstein zur Spende des Stadtrats in der Weihnachtssitzung 2017.

Schöffenwahl

Geschäftsleiter Pfeiffer führte aus, dass die politischen Gruppierungen aufgerufen seien bis Anfang April geeignete Schöffen für die Amtszeit 2019-2023 vorzuschlagen. In der Aprilsitzung werde der Stadtrat darüber beschließen.

Straßenausbaubeiträge in Kleinnottersdorf

Auf Anfrage von Stadtrat Dintner erläuterte Geschäftsleiter Pfeiffer den aktuellen Sachstand zu den Straßenausbaubeiträgen in Kleinnottersdorf. Nachdem die Maßnahme noch nicht endgültig hergestellt sei, werde sie derzeit auch nicht endgültig abgerechnet. Nach Rücksprache mit der Rechtsaufsicht soll die dritte Rate – wie festgesetzt – eingefordert werden. Für eventuelle Rückzahlungen sind die Entscheidungen zu den Übergangslösungen abzuwarten.

Gehsteig in Obermässing

Stadtrat Gerngroß monierte, dass seit über zwei Jahren der Gehsteig in Obermässing vom KVZ zur Ortsmitte auf einer Länge von rund 50 m von der Telekom nicht wieder hergestellt wurde. Er forderte, dass hier nochmals auf die Telekom zu gegangen wird um eine Beseitigung dieses nicht mehr hinnehmbaren Zustandes zu erreichen.

Kanalanschluss Österberg – Grenzsteine

Stadträtin Deinhard stellte fest, dass nach Angabe einiger Landwirte mit der Verlegung der Druckleitung für den Anschluss von Österberg an die Kläranlage Greding Grenzsteine entfernt wurden, die noch nicht wieder hergestellt sind.

Greding, 05.04.2018

Vorsitzender:

Schriftführer:

Manfred Preischl
Erster Bürgermeister

Michael Pfeiffer